

EDGAR GÖLL

Nachhaltigkeitspolitik — Beispiele aus Europa

Zehn Jahre nach dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro galt es, Bilanz zu ziehen, ob und inwiefern die 1992 unterzeichnete *Agenda 21* sowohl von den Regierungen, die das Dokument unterschrieben, als auch von den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen beachtet und als Handlungsanleitung verwendet wird. Dabei ist nicht nur nach den konkreten inhaltlichen Politiken (policies), sondern auch nach den Institutionen und organisatorischen Mitteln zu fragen, mit denen dies alles bewerkstelligt wird (polities). Natürlich kann es hier nicht um eine Gesamtbilanz gehen. Statt dessen soll eine kritische Würdigung institutioneller Neuerungen versucht werden, die in einigen Ländern der EU im Zusammenhang mit den nationalstaatlichen Aktivitäten für eine Nachhaltige Entwicklung stehen.

Edgar Göll – Jg. 1957, Dr., Mitarbeiter am Institut für Zukunftsstudien und Technikbewertung (IZT), Berlin. Überarbeiteter Beitrag, der im Rahmen der Podiumsdiskussion »Europäische Integration auf dem Weg zu einem »nachhaltigen Europa:?<« am 16. November 2002 gehalten wurde.

Nach dem Erdgipfel in Rio wurde von den meisten Regierungen, die die *Agenda 21* unterzeichnet hatten, erschreckend wenig für Nachhaltigkeit unternommen. Doch es gab auch Ausnahmen. Eine Studie aus dem Jahr 2000 über ausgewählte spätkapitalistische Gesellschaften und deren nationale Engagements kommt zu folgender Einschätzung: Bewertet man das Regierungengagement für Nachhaltigkeit, dann zählen die Niederlande, Norwegen und Schweden zu den »Enthusiasten«, hingegen die EU als Ganzes und Deutschland, Frankreich sowie Großbritannien im besonderen zu den »Zurückhaltenden« und die USA schließlich zu den »Desinteressierten« (Lafferty/Meadowcroft 2000).

Die gute Nachricht ist, daß im Vorfeld des UN-Nachhaltigkeitsgipfels in Johannesburg im Sommer 2002 (»Rio + 10«) in vielen EU-Ländern auf der nationalen Ebene Institutionen zur Unterstützung von Nachhaltigkeitspolitik eingerichtet wurden (die allerdings unterschiedlich angelegt sind). Es war geradezu ein Boom zu verzeichnen.

Natürlich sagt die bloße Existenz eines Gremiums noch nicht viel über dessen Relevanz und vor allem über dessen Wirksamkeit in bezug auf eine nachhaltige Entwicklung. Für die Bewertung ist es deshalb sinnvoll, Kriterien zu formulieren und diese aus den Nachhaltigkeitsprinzipien abzuleiten:

1. Der Integrations- und Querschnittscharakter von Nachhaltigkeit sollte berücksichtigt,
2. eine Politik mit einer langfristigen Perspektive formuliert,
3. innovative und effektive Formen von Kommunikation und Partizipation entwickelt und gefördert,

Auswahl an Nachhaltigkeitsgremien in europäischen Staaten:
Belgien: Federal Council on Sustainable Development
Deutschland: Rat für Nachhaltige Entwicklung
Finnland: National Commission on Sustainable Development
Großbritannien: Sustainable Development Commission

4. *praxis- und ergebnisorientierte* Strategien entwickelt und umgesetzt und

5. Aktivitäten in ihren *globalen und internationalen Bezügen* reflektiert und entsprechend gestaltet werden.

Da viele der Nachhaltigkeitsinstitutionen erst seit kurzer Zeit tätig sind, bestehen bei allen diesen Gremien noch Verbesserungsmöglichkeiten. Anhand zweier Beispiele soll skizziert werden, was diese Gremien derzeit zu leisten in der Lage sind.

Kurzbilanz für die Bundesrepublik Deutschland und den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Die Nachhaltigkeitspolitik wurde in Deutschland nach der Unterzeichnung der *Agenda 21* in geradezu unverantwortlicher Weise langsam, oberflächlich und ohne Energie betrieben. In der Ära Kohl wurden unter Umweltministerin Merkel zwar ein erstes grobes Konzept erarbeitet und Einzelmaßnahmen in Gang gebracht; beide Schritte entsprachen aber in keiner Weise dem, was Kanzler Kohl unterzeichnet und wozu er sich mit seiner Regierung verpflichtet hatte. Auch aufgrund dieses ignoranten Agierens wurde Nachhaltigkeitspolitik auf den unteren politisch-administrativen Ebenen (Bundesländer, regionale und Lokale Agenda 21) erst zögernd und nur vereinzelt verfolgt.

Demgegenüber sind auf parlamentarischer Ebene die Leistungen der beiden Enquetekommissionen des Bundestages positiv hervorzuheben, die wichtige konzeptionelle und programmatische Papiere und Empfehlungen vorlegten. Zu letzteren gehörte auch die Forderung nach Einrichtung eines Rats für Nachhaltige Entwicklung (RNE) bei der Bundesregierung. Bis diese Institutionalisierung allerdings Wirklichkeit wurde, bedurfte es nicht nur zahlreicher Bemühungen einzelner, hochmotivierter Personen und Organisationen, sondern zäher Kämpfe. Zu erwähnen sind besonders unzählige Aktivitäten vieler umwelt- und entwicklungspolitischer Verbände und Organisationen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. In diesen Zusammenhang gehört auch die Herausgabe des vom Wuppertal-Institut erarbeiteten Buches *Zukunftsfähiges Deutschland* durch BUND und Misereor und die damit angestoßene, vergleichsweise breite (fach-)öffentliche Debatte in Deutschland. Dieses Beispiel zeigt, daß ein fruchtbares Zusammenwirken von Wissenschaft und NGOs möglich ist.

Nach dem Antritt der ersten rot-grünen Bundesregierung verbesserten sich – wenn auch zäh und langsam – die Rahmenbedingungen für nachhaltigkeitspolitische Aktivitäten. So erfolgte im April 2001 endlich die Konstituierung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Kurz zuvor hatte auch der Staatssekretärsausschuß für Nachhaltige Entwicklung mit seiner Arbeit begonnen. Inzwischen sind von beiden Gremien vielfältige Aktivitäten unternommen worden, die in erstaunlich kurzer Zeit positive Ergebnisse erbracht haben. Zu erwähnen sind das Diskussionspapier des RNE vom Dezember 2001, die Nachhaltigkeitsstrategie »Perspektiven für Deutschland« der Bundesregierung vom Juni 2002, öffentliche, gut besuchte Veranstaltungen, Internetdiskussionen, das Jugendprojekt »Jugend schreibt Zukunft« und schließlich die auf Anregung des

Österreich: Roundtable Nachhaltiges Österreich
 Polen: Minister's Council's Committee on Regional Policy and Sustainable Development
 Schweden: National Committee on Agenda 21 and Habitat
 Schweiz: Interdepartementaler Ausschuss Rio

RNE produzierten und ausgestrahlten Sendungen im deutschen Fernsehen (z. B. ZDF, 3sat). Der RNE kann inzwischen – trotz seines nicht abgesicherten Status als Beratungs- und Unterstützungsgremium beim Bundeskanzleramt – als eine Art »Kraftzentrum« für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland angesehen werden. Damit ist die Bundesregierung, wenn auch äußerst spät, der im Kapitel 8.7 der Agenda 21 formulierten Aufgabe, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwerfen und umzusetzen, nachgekommen. Besonders hervorzuheben ist die vom Bundestag beschlossene und mit Bundesmitteln ermöglichte Einrichtung einer bundesweiten Servicestelle für Lokale-Agenda-21-Aktivitäten (»Agenda-Transfer«) und Eine-Welt-Initiativen. Auf seiten der Exekutive existieren somit arbeitsfähige Kapazitäten, die – nicht zuletzt angesichts des Problemdrucks – auszubauen, weiter zu entwickeln und zu ergänzen sind.

Kritische Stellungnahmen und Verbesserungsvorschläge liegen von mehreren Institutionen und Organisationen vor. Siehe z. B. SRU 2002, www.wbgu.de; www.forumue.de bzw. www.rio-10.de und die Homepage des RNE: www.nachhaltigkeit.de.

Kurzgefaßt kann zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik gesagt werden, daß »das Glas halb leer« ist, weil sie sehr spät, mit viel zu wenig öffentlicher Debatte und zu geringem zivilgesellschaftlichen Input angelaufen, und insbesondere die Wirtschaft noch viel zu inaktiv ist. Beispiel Berlin: Von den zirka 40 000 zertifizierungsfähigen Unternehmen sind erst knapp 80 mit ÖkoAudit oder nach ISO 14 000 zertifiziert! Zugleich aber ist »das Glas halb voll«, weil der Prozeß der Nachhaltigkeit sowohl auf Bundes-, auf Landes- als auch vor allem auf kommunaler Ebene unübersehbar in Gang gekommen ist und immer mehr Versuche gemacht werden – wenn auch zum Teil unter anderem Label –, ökologische, ökonomische und soziale Ansätze partizipativ zu entwerfen und durchzusetzen. Beispiel Lokale Agenda 21: Inzwischen beteiligen sich etwa 15 Prozent der zirka 16 000 deutschen Gemeinden an diesem Prozeß – Tendenz steigend.

Beispiel Nachhaltigkeitskommission in Finnland

Von den eingangs erwähnten Beispielen soll hier noch die Finnish National Commission on Sustainable Development (FNCSO) vorgestellt werden. Sie wurde 1993 eingerichtet und gehört zu den ältesten und am weitesten entwickelten und anerkanntesten nationalen Nachhaltigkeitsgremien. Die FNCSO unterstützt und koordiniert die Nachhaltigkeitsaktivitäten in Finnland und treibt sie durch eigene Impulse voran. Sie setzt sich aus etwa 45 zumeist hochrangigen Vertretern aus allen relevanten Bereichen der finnischen Gesellschaft zusammen. Hierzu gehören neben einigen Ministerien auch Parlamentsabgeordnete, die öffentliche Verwaltung inklusive Lokalbehörden, Unternehmen aus Industrie und Dienstleistung, Gewerkschaften, Wissenschaften, NGOs, allgemeine Interessengruppen und Medien, aber auch ethnische Minderheiten.

Das Plenum des FNCSO tritt im Jahr zwei- bis viermal zusammen und wird – in vielen anderen Staaten undenkbar – vom Ministerpräsidenten geleitet. Hier geht es meist um die Abgabe von Statements, die Klärung der Arbeitsschwerpunkte und die Aufsicht über die Umsetzung der Regierungsprogramme (Evaluation). Das Plenum wird von einem Operationssekretariat unterstützt, dem etwa zwanzig Personen angehören und das sich als »Netzwerk-Sekretariat« versteht. Hier kommen neben dem Sekretär und Generalsekretär des FNCSO

die Verantwortlichen der Arbeitsgruppen und die Vertreter der wichtigsten Ministerien zusammen.

Die konkrete Arbeit erledigen etwa zehn Arbeitsgruppen, die sich wichtigen Handlungsfeldern widmen. In diesen Arbeitsgruppen erfolgt der Austausch über in der Praxis gesammelte Erfahrungen; zum Teil werden auch Projekte konzipiert, die verschiedene Akteure gemeinsam realisieren. Arbeitsgruppen gab und gibt es zum Beispiel zu den Bereichen »Produktion und Konsumtion«, »lokale Nachhaltigkeit«, »Nachhaltigkeitsprogramme«, »sozial gerechte Entwicklung«, »UN-Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg (WSSD)«, »Assessment«. Sie werden von mindestens einer Person aus einer der Mitgliedsorganisationen koordiniert. Eine besondere finanzielle Unterstützung erfahren all diese Aktivitäten nicht.

Fazit

Inwiefern die in den vorigen Jahren geschaffenen Institutionen, mit denen auf nationaler Ebene versucht wird, Nachhaltigkeitspolitik zu betreiben, erfolgreich sind, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend eingeschätzt werden. In all diesen Staaten gibt es gesellschaftliche und politische Akteure, denen die bloße Existenz solcher Institutionen bereits als Ermutigung für ihr Engagement im Sinne der Agenda 21 dient (»symbolische Politik«). Die Zukunft hängt ganz entscheidend von engagierten und progressiven gesellschaftlichen Akteuren ab und davon, ob sie Nachdruck auf reale und praktische Fortschritte für Nachhaltigkeit legen. Im Augenblick deutet sich an, daß sowohl innerhalb der Gremien als auch in deren Umfeld Bewegungen und Persönlichkeiten engagiert sind, die mit hohem Innovations- und Veränderungswillen arbeiten und immer wieder Impulse für eine Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik geben und die immer wieder versuchen, die neue Qualität gesellschaftlicher Entwicklung, die im Kern des Nachhaltigkeitsleitbildes steckt, Wirklichkeit werden zu lassen. In diesem Sinne bieten und eröffnen die meisten Nachhaltigkeitsinstitutionen – wie hier für Deutschland und Finnland gezeigt – immer mehr und bessere Chancen für eine nachhaltige Entwicklung. Eine ernsthafte Alternative dazu gibt es nach Erfahrung ohnehin nicht.

Die ersten Schritte sind – wenn auch viel zu langsam und zu zaghaft – gemacht worden. Es liegt an uns allen, daß es schneller weitergeht mit der Überwindung der bisherigen schädlichen (Fehl-) Entwicklung in unseren kapitalistischen, auf Kosten anderer Völker und Generationen produzierenden und konsumierenden Ländern.